

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Susanne Czaja	SPD
Herr Ulrich Padberg	FRL
Frau Anette Schwarz	FDP

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Hussam Afifi	FRL
Herr Kriminalhauptkommissar Peter Bauer	FRL
Herr Johannes Kirchhoff	FRL
Frau Annette Reuß	FRL
Herr Kaplan Patrick Schnell	FRL
Herr Franz-Josef Urban	FRL

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

2. Vorstellung des Waldorfkindergartens

Frau Regine Berger, Leiterin des Waldorfkindergartens in der Hohfuhstraße, gibt einen Einblick in die pädagogische Arbeit des Waldorfkindergartens.

3. Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII Vorlage: 014/2007

Herr Lütke-Dartmann erläutert die Ziele des Vereins. Anschließend überlässt er dem zweiten Vorsitzenden des Alevitischen Kulturvereins, Herrn Tan Göbenli, das Wort, der ausführlich über das Alevitentum und deren Kulturverein berichtet.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der „Alevitische Gemeinde & Kulturverein Lüdenscheid MK e.V.“ wird auf örtlicher Ebene als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

4. Märkisches Kinderschutz-Zentrum - Antrag auf Umwandlung der Personal-kostenfinanzierung
Vorlage: 015/2007

Herr Scharwächter erläutert die Beschlussvorlage. Der Beschlussvorschlag wird anschließend einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die bisher befristete kommunale Finanzierung von 0,5 Stellen für die „Ärztliche Anlauf- und Beratungsstelle gegen Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen“ in Lüdenscheid, Hohfuhstraße 25 (jetzt: Märkisches Kinderschutz-Zentrum), wird in eine unbefristete Finanzierung umgewandelt. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassungen durch die Gremien der anderen beteiligten Jugendämter.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

5. Verwaltungshaushalt des Jugendamtes 2007
Vorlage: 011/2007

Herr Dr. Schröder stellt die Beschlussvorlage kurz vor. Zum Verfahren der Haushaltsberatungen schlägt der Vorsitzende, Herr Morisse, vor, ebenso wie im vergangenen Jahr zuerst Fragen aus dem Ausschuss zu stellen und anschließend die Beschlüsse dazu zu fassen. Zum Abschluss soll dann der gesamte Haushalt verabschiedet werden.

Herr Morisse begrüßt hierzu Herrn Walker, der Erläuterungen zum Haushaltsplan geben und Fragen beantworten kann.

Herr Morisse macht noch folgende Anmerkung: Im Haushaltsplan / Haushaltssicherungskonzept auf Seite 16 wird auf Anlage 2 „Liste über freiwillige Leistungen“ hingewiesen. Diese seien aber nicht alle freiwillige Leistungen. Es werde lediglich im Gesetz nicht vorgeschrieben, wie hoch diese Leistungen sein sollen. Die Leistungen selbst aber seien gesetzlich vorgeschrieben. Es wäre schön, wenn man dafür eine andere Bezeichnung finden und beim nächsten Haushalt diese berücksichtigen würde.

Frau Linnepe möchte wissen, warum der Ansatz im Sammelnachweis B nahezu doppelt so hoch ist wie im vergangenen Jahr.

Dazu erklärt Herr Walker die Verteilungsschlüssel, die für die nicht fehlerfreie Darstellung der Ansätze verantwortlich seien. Tatsächlich entsprächen die Ausgabenansätze im Haushalt 2007 in etwa den Ausgaben von 2006. Die Gesamtzahlen und die Istverteilung stimmten, nur eben nicht die Planzahlen.

Zwei Anträge zum Haushalt werden von Frau Kasperek gestellt, die hierzu eine Tischvorlage verteilt hat. Diese ist als Anlage dem Original der Niederschrift beigelegt.

Herr Dr. Schröder weist darauf hin, dass diese Arbeit nicht von dem vorhandenen Personal im Jugendamt übernommen werden kann. Hierzu verweist er auf den vorhandenen Personalpool.

Nach einigen Diskussionen wird bei einer Enthaltung beschlossen, die Anträge anzunehmen und Ende 2007 und 2008 Ergebnisse vorzulegen, um zu vergleichen, ob es zu Einsparungen gekommen sei.

Unter Berücksichtigung der Antragstellung der SPD wird dem Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung zugestimmt.

Beschluss:

Dem Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2007 für das Jugendamt wird in der durch die Änderungsliste geänderten Fassung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen:
Enthaltungen: 1

6. Offene Ganztagsgrundschule Vogelberg

Zu diesem TOP wird erläutert, dass Mittel vom Land für die Einrichtung einer OGS am Vogelberg noch kurzfristig beantragt werden sollten, was aber kaum möglich erscheint, da die Frist mit dem morgigen Tag abgelaufen sein wird. Bei vorangegangenen Befragungen der Eltern in diesem Schulbezirk hatten sich für das Zustandekommen einer OGS nicht genügend Interessenten gemeldet. Die Mittelbeantragung ist daher unterblieben, da das Geld an das Land zurückgezahlt werden müsste, falls die Maßnahme in diesem Jahr nicht mehr zustande käme und erst in 2008 begonnen würde.

Nach einer Diskussion darüber und dem Abwägen des Für und Wider kommt es zu keiner Abstimmung. Der Antrag wird zurückgenommen.

Es soll in einer gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss nach Möglichkeiten über die Betreuung von Schulkindern am Vogelberg gesucht werden.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Es gibt keine Bekanntgaben, keine Beantwortung von Anfragen und ebenfalls keine neuen Anfragen.

gez. Morisse

Vorsitzender

gez. Gerbracht

Schriftführerin